

GR Mag. Astrid Schleicher
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13.02.2019

Betreff: Modellversuch in Graz - „Deutsch als Schulsprache“
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Allerspätestens mit der Migrationswelle der jüngeren Vergangenheit wurde vor allem der Bildungsbereich vor massive Herausforderungen gestellt. Die uns vorliegenden Zahlen von Schülern nichtdeutscher Muttersprache an Grazer Pflichtschulen verdeutlichen dies eindrucksvoll. So beträgt der durchschnittliche Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache an Grazer Volksschulen bereits mehr als 53 %. In Extremfällen sind es gar 100 %. An den Grazer Neuen Mittelschulen beträgt der Anteil derzeit noch 39 %, wird aber konsequenterweise stetig ansteigen. Im Vergleich zum übrigen Bundesland – hier beträgt der Durchschnitt an den Volksschulen rund 22 % – ist unsere Stadt als urbaner Ballungsraum naturgemäß wesentlich stärker von dieser Entwicklung betroffen.

An FPÖ-Bürgerinformationsständen erreichten uns im Zuge zahlreicher Gespräche mit Grazer Bürgern Berichte über die Zustände an Grazer Schulen. Daraus kann zusammengefasst werden, dass sich einheimische Kinder zunehmend unwohl fühlen und sich als Außenseiter empfinden. Dies führe teilweise sogar dazu, dass sich Kinder weigern, die Schule zu besuchen. Vor allem abseits des Regelunterrichts in Pausen und auf Schulveranstaltungen fühlen sich die Kinder als Fremde. Sprechen Schüler aus unterschiedlichen Sprach- und Kulturkreisen miteinander in verschiedenen, den Lehrern und auch den heimischen Schülern nicht verständlichen Sprachen, sind Gruppenbildungen und Konflikte vorprogrammiert. Die Verständigung der Schüler untereinander bzw. dieser mit den Lehrern wird erschwert, auch das Verständnis für kulturelle Unterschiede und Eigenheiten der verschiedenen Sprachgruppen kann kaum gewährleistet werden.

So hat die Herbert-Hoover-Realschule im Berliner Stadtteil Wedding bereits 2005 die Auflage zum Deutschsprechen mit Zustimmung der Eltern in ihre Hausordnung aufgenommen und dafür den Deutschen Nationalpreis 2006 verliehen bekommen. Die entsprechende Passage der Schulordnung lautet wie folgt: „Die Schulsprache unserer Schule ist Deutsch, die Amtssprache der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Schüler ist verpflichtet, sich im Geltungsbereich der Hausordnung nur in dieser Sprache zu verständigen.“ Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf erklärte anlässlich der Preisverleihung: „Schüler, Eltern und Lehrer der Herbert-Hoover-Schule haben die Identität stiftende Wirkung der gemeinsamen Sprache erkannt, nicht auf staatliche Regulierungen gewartet und den Begriff der Nation durch ihr pragmatisches Verhalten mit Leben gefüllt.“ Dabei soll auch festgehalten werden, dass die Schüler von Anfang an mit großer Überzeugung hinter diesem Projekt gestanden sind.

Auch an einigen österreichischen Schulen ist diese Auflage bereits in den Schulordnungen festgeschrieben. So lautet die Hausordnung des Bundesrealgymnasiums Wien 7 auszugsweise: „Die

Umgangssprache ist Deutsch. Da wir eine bunte Schule sind, in der viele Kinder Deutsch nicht als ihre Muttersprache haben, sollte allen die Chance geboten werden, an Gesprächen teilzunehmen. So können wir zudem unsere Deutschkenntnisse vertiefen.“

Ebenfalls hat die BHAK/BHAS Wien 10 folgende Regelung festgeschrieben: „Innerhalb der Klassen sehen wir die kulturelle Verschiedenartigkeit unserer Schüler/innen als Bereicherung, erwarten aber zugleich Offenheit und Bereitschaft, mit der österreichischen Kultur und den geltenden Gepflogenheiten des alltäglichen Umgangs vertraut zu werden. Wir pflegen Deutsch als Unterrichts- und Verkehrssprache und erwarten auch, dass die Erziehungsberechtigten die Schüler/innen dabei unterstützen.“ Die Vienna Business School in Mödling hat eine ähnliche Initiative gestartet und die Schüler darauf hingewiesen, dass „im gesamten Schulhaus (auch in den Pausen) nur die Amtssprache Deutsch eingesetzt werden darf.“

Nach dem oberösterreichischen Landesschulratspräsidenten Fritz Enzenhofer (ÖVP) hat auch seine steirische Amtskollegin Elisabeth Meixner Deutsch als Pausensprache empfohlen. Laut Meixner könnte diese Maßnahme über die Hausordnung an den Schulen eingeführt werden. In einem Interview mit der Kleinen Zeitung teilte sie wie folgt mit: „Es geht dabei vor allem um eine Empfehlung, nach Möglichkeit Deutsch zu sprechen, und es geht auch darum, dass sich Flüchtlingskinder schnellstmöglich in deutscher Sprache verständigen können.“

Da man eine Sprache bekanntlich am besten lernt, wenn man sie spricht, wäre das pädagogische Ziel, Deutsch auch in den Pausen sowie im Rahmen von Schulveranstaltungen und schulbezogenen Veranstaltungen zu sprechen, eine geeignete Maßnahme, um Sprachdefizite von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache entscheidend zu verbessern. Diese Maßnahme soll in weiterer Folge dazu beitragen, das Unterrichtsniveau insgesamt zu steigern, wie es auch Berichten im Zusammenhang mit der Modell-Schule in Berlin entnommen werden kann. Darüber hinaus ist die deutsche Sprache ein wesentlicher Träger unserer Kultur, unserer Werte und unserer Traditionen.

Integration von ausländischen Schülern kann nur gelingen, wenn diese auch unsere Sprache sprechen. Durch die Verwendung einer gemeinsamen Sprache im Pausenhof wird das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Kindern gestärkt. Auch Gruppenbildungen, die auf nationalsprachlichen Gegebenheiten fußen, kann man dadurch entgegenwirken. Wo, wenn nicht in der Schule, soll den Kindern die Grundlage für ihren späteren beruflichen Werdegang gegeben werden. Deutsch als vorherrschende Sprache unseres Landes bestimmt den beruflichen Alltag. Wer sich nicht verständigen kann, wird langfristig keinen Erfolg haben.

Aus den genannten Gründen befürwortet die FPÖ Graz die Umsetzung eines derartigen Versuchsmodells an ausgewählten Grazer Pflichtschulen. Es ergeht daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA wird gebeten, zur Umsetzung des pädagogischen Zieles „Deutsch als Schulsprache“ drei geeignete Pflichtschulstandorte in Graz für einen im Motivenbericht skizzierten Modellversuch auszuwählen und in weiterer Folge mit dem Schulforum abzustimmen.

Gleichzeitig wird die Präsidentin der Bildungsdirektion Steiermark, Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner, auf dem Petitionswege ersucht, im Rahmen ihrer behördlichen Zuständigkeit sowohl die nötigen Schritte zu prüfen und auch die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um einen Modellversuch im Sinne des Motivenberichtes an den vom zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner,

MBA ausgewählten Standorten einzuleiten. Soweit notwendig wird Frau Landesrätin Mag. Lackner ersucht, auch die nötigen abstimrenden Maßnahmen mit der Landesregierung zu treffen.